

Bilanz: 100 Tage Megawati-Hamzah

Wie nicht anders zu erwarten war, wurden die ersten 100 Tage der Regierungszeit Megawati Sukarnoputris deutlich kritisiert, nachdem sie dem Volksvertretungsrat MPR ihren Jahresbericht vorlegte. Die stärkste Kritik kam von der Fraktion des Aufbaus des Volkes FKB, die Megawati vorwarf, der Bericht enthalte rhetorische Floskeln und sei tendenziell.

CGI leiht

Indonesien 3,14

Mrd. US-Dollar

Bei dem Treffen der *Consultative Group on Indonesia* (CGI), das am 8.11.2001 zu Ende ging, wurde beschlossen, dem wirtschaftlich angeschlagenen Indonesien ein weiteres Mal mit einer Finanzspritze von 3,14 Milliarden US-Dollar auszuweichen. »Die Summe stammt aus multilateralen Quellen«, so der Minister für wirtschaftliche Koordination Kuntjoro-Jakti bei einer Pressekonferenz. »Eine Million Dollar wurde beispielsweise von der Weltbank verliehen, Japan hat weitere 720 Millionen Dollar bereitgestellt«, meinte Kuntjoro-Jakti. Die Summe, so der Minister weiter, sei sicherlich nicht mehr vergleichbar mit der Unterstützung vom letzten Jahr, die 4,84 Milliarden US-Dollar betrug. »Aber wir haben auch um weniger Geld gebeten. Dies spiegelt unser Bestreben wieder, uns nicht mehr so sehr von ausländischen geliehenen Geldern abhängig zu machen«, fügte er hinzu. Von dem Geld der CGI sollen vor allem strukturelle Veränderungen im Staat ermöglicht und eine Eindämmung der Armut erzielt werden, so Kuntjoro-Jakti. Auf ein Dekret der Präsidentin hin soll ein nationales Team eingerichtet werden, das vom Zentrum bis in die einzelnen Regionen für die Bekämpfung von Armut zuständig ist. Zusätzlich zu den 3,14 Milliarden Dollar bekommt Indonesien zusätzlich technische Hilfe von der CGI in Höhe von 586 Millionen US-Dollar.

vgl. *Kompas*, 8. 11. 2001

Megawati antwortete darauf, ihr Bericht sei ein Abbild der Wirklichkeit Indonesiens. Es sei nicht ihre Absicht gewesen, rhetorische Floskeln zu formulieren und Pessimismus zu verbreiten. »Wenn ich mich auf die Passivität, die sich manchmal in diesem verehrten Volksvertretungsrat abzeichnet, beziehe, entspricht das nur den Tatsachen. Es liegt mir fern, mich auf dem Gebiet der Rhetorik zu profilieren — das mag ich persönlich nicht — oder Pessimismus zu verbreiten«, verteidigte sich Megawati. Die Mehrheit der Fraktionen im MPR nannte drei Schwächen der ersten 100 Tage der Regierung Megawati-Hamzah: die mangelnde Etablierung eines Rechtssystems, der schwache Versuch, Vetternwirtschaft und Korruption zu bekämpfen und das fehlende Engagement, den wirtschaftlichen Aufbau zu

forcieren. Die meisten von ihnen ließen verlauten, die Präsidentin führe die Regierung mit einer pessimistischen Einstellung, da sie nach nur 100 Tagen schon klage und stöhne. Megawati gab zu, die Regierung befinde sich in einer schwierigen Lage, da die zur Zeit an sie gestellten Herausforderungen nur schwer zu überwinden seien. Deshalb forderte sie alle Seiten dazu auf, die Schwierigkeiten realistisch zu betrachten, Prioritäten zu setzen und gemeinsame Ziele zu verfolgen. In ihrem Jahresbericht hatte Megawati neben den Themen der Korruption und Wirtschaft auch Fragen der Erziehung, Religion, des Sozialverhaltens, der Gesundheit, des Drogenmissbrauchs, der Flüchtlinge und der Arbeit angesprochen.

vgl. *Jawa Pos*, 4.11.2001

Rolle der CGI stößt auf Kritik

Der Wirtschaftsexperte der Universität UGM in Yogyakarta, Revision Baswir hat in einem Interview mit der Tageszeitung *Jawa Pos* die Rolle der CGI scharf kritisiert. Schulden aufzunehmen sieht er an sich nicht unbedingt als Problem an. Vielmehr kritisiert er die Beweggründe der Geberländer, die zu der Aufnahme von Schulden führen. So sei allgemein bekannt, dass Firmen wie etwa Boeing Länder in der sogenannten Dritten Welt bestechen würden, da sie sich ihrerseits finanzielle Vorteile davon erhofften. »Schulden sind von transnationaler Wichtigkeit. Das heißt, Indonesien kann nicht allein für ihren Missbrauch verantwortlich gemacht werden, sondern auch die Geberländer«, so der Ökonom. Auf die provokante Frage hin, ob man keine Schulden mehr aufnehmen solle, um Korruption zu verhindern, antwortet Baswir: »Es ist zunächst nichts gegen die Aufnahme von Schulden einzuwenden. Aber ihr Mechanismus muss demokratisch sein. So soll das Volk bei einem wichtigen Projekt wie der Errichtung des Staudamms

Kedung Ombo um sein Einverständnis gebeten werden. Denn wenn die Schulden schon aufgenommen sind, kann Druck auf die Einheimischen ausgeübt werden. Zusätzlicher Druck wird ja von der Regierung auch oft vom Militär ausgeübt. Wichtig bei der Aufnahme von Schulden ist Transparenz. Ein Weg besteht darin, das Volk in Projekte einzubeziehen«, so der Wirtschaftsexperte. Er fordert das Volk auf, sich gegen die Manipulation und Unterdrückung nicht nur verbal zu wehren, sondern aktivere Schritte zu unternehmen. Vor allem hält er es für notwendig, dass die Bevölkerung sich einstimmig dafür ausspricht, die CGI aufzulösen. »Die CGI muss ihren Namen ändern. Sie ist nicht mehr die Consultative Group on Indonesia, sondern die Conspiracy Group on Indonesia. Wir müssen darum bitten, dass die CGI aufgelöst wird. Dann gibt es vielleicht die Möglichkeit, das Schuldenproblem zu lösen.«

vgl. *Jawa Pos*, 8.11.2001

nachrichten

Annäherung an China

Der chinesische Premierminister Zhu Rongji und die indonesische Präsidentin Megawati Sukarnoputri haben bei einem Treffen in Jakarta am 7. November mehrere Verständniserklärungen (MoU) abgegeben. Beide Seiten näherten sich einander an: China erklärte sich bereit, in Indonesien in großem Stil zu investieren, und im Gegenzug stimmte die indonesische Präsidentin dem Vorhaben Rongjis sofort zu, die Bank of China wieder zu eröffnen. Außerdem beschlossen die beiden Staatsoberhäupter, künftig in Fragen der Agrarpolitik und im Kulturbereich enger zusammenzuarbeiten. Die chinesische Regierung plant, in Zukunft vor allem in den maroden Bankensektor Indonesiens zu investieren. Der Vorsitzende der Bank Indonesia Syhriil Sabirin begrüßte die Wiedereröffnung der Bank of China: »Die chinesische Regierung wird wieder eine Bank in Indonesien eröffnen. In einer Periode von zwischen vier und sechs Monaten wird sie eröffnet«, sagte er. Die Bank of China war in Indonesien infolge der *Gerakan 30 S*, der kommunistischen Säuberungsaktion von 1965, geschlossen worden. Seit 1980 hat sich China darum bemüht, wieder eine Lizenz für die Errichtung der Bank of China zu erhalten, aus »fehlendem politischen Willen« wurde die Entscheidung über den Antrag jedoch immer wieder verschoben.

vgl. *Kompas*, 7.11.2001

nachrichten

Keine Hast beim Kampf gegen den Terror

Die indonesische Regierung teilte mit, bei ihren Untersuchungen von Organisationen, die im Verdacht stehen, einem internationalen Terrornetzwerk anzugehören, werde sie keine Hast an den Tag legen. Dies gelte auch für die Sperrung von Rechnungen und die Vermögenswerte der Organisationen. »Diese Untersuchung muss von dem höchsten Gerichtshof und der Polizei angeordnet werden. Indonesien wird sich nicht überschlagen, diese Untersuchung durchzuführen«, sagte der Justizminister Yusril Ihza Mahendra am 6.11. 2001. Yusril erklärte, die Regierung habe bereits Untersuchungen angestellt, aus denen 28 Namen hervorgingen, die man mit der Bezahlung internationaler terroristischer Aktivitäten in Verbindung bringen könnte. Aber es sei bislang unmöglich, rechtliche Schritte gegen auch nur eine der Organisationen einzuleiten, da noch nicht genügend Beweise vorlägen. Um die Vermögenswerte einfrieren zu können, habe der oberste Gerichtshof schon einen Brief an die Bank Indonesia geschickt, um Rechnungen, die sich mutmaßlich im Besitz von Terroristen befinden, zu sperren. »Aber dafür müssen wir mit der Polizei zusammenarbeiten«, so Richter Rahman. Wenn die gemeinsam durchgeführte Untersuchung ausreichendes Beweismaterial ergeben hätte, so Rahman weiter, werde der oberste Gerichtshof erst ein Verfahren einleiten.

vgl. Kompas, 8.11.2001

GAM lehnt Versöhnung mit Regierung ab

Nach der Vielzahl gescheiterter Versuche, einen Dialog zwischen der indonesischen Regierung und der Bewegung Freies Aceh (GAM) zu erzielen, hat der Vizepräsident Hamzah einen weiteren Anlauf unternommen, mit der GAM über den Frieden in der Region Aceh in Nordsumatra zu verhandeln. Er forderte die GAM auf, ihren Kampf gegen Jakarta aufzugeben. Entschließe sich die GAM zu diesem Schritt, so werde die Regierung allen Mitgliedern der GAM-Kämpfer einen Gnaden-erlass geben. Die Bedingung: die GAM müsse die Waffen niederlegen und ihre militärischen Aktionen aufgeben. »Lasst uns den Streit beilegen, freundschaftliche Beziehungen pflegen. Lasst uns Aceh zusammenschließen aufbauen«, sagte Hamzah bei einem Gespräch mit einer Gruppe von islamischen Gelehrten und Repräsentanten des Volkes von Lhokseumawe in Nord-Aceh.

Laut Vizepräsident sei der Konflikt in Aceh infolge des »lahmen Aufbaus« in der Region eskaliert. »Daher ist auch die GAM gegründet worden. Wäre die wirtschaftliche Entwicklung gut gewesen, hätte sich die GAM sicherlich nie formiert«, so Hamzah. Er fügte hinzu, die Regierung versuche zur Zeit, die verschiedenen Probleme in Aceh zu lösen, wie zum Beispiel soziale, ökonomische, juristische, und sicherheitspolitische. Hamzah sicherte zu, er werde das Ziel der GAM, neue Provinzen in Aceh zu errichten, wie etwa Lauser Antara und Samudra Pase, nicht vereiteln, obwohl er dafür keine Notwendigkeit sehe: »Warum soll es neue Provinzen geben. Die Region hat doch bereits einen autonomen Status. Das wird lediglich bürokratische Prozesse in Gang setzen«. Als Geschenke brachte Hamzah für die Koranschulen (pesantren) in Nord-Aceh und

Lhokseumawe 200 Rinder und einige Koran-Bücher mit. Doch die GAM reagierte auf Hamzahs Angebot mit klarer Ablehnung: die GAM sei die falsche Adresse für Friedensgespräche. »Die indonesische Regierung muss sich mit ihrem Wunsch nach Versöhnung an das acehnische Volk wenden«, so der GAM-Kommandant Tiro Amri bin Abdul Wahab. »Die indonesische Regierung darf die Bevölkerung nicht mehr einschüchtern oder gar töten. Sie muss das Leiden des acehnischen Volkes unmittelbar beenden. Das heißt, es ist nicht nötig, dass sie sich mit der GAM versöhnt«, sagte er. »Wir haben schon lange gekämpft. Wir wurden schon oft bedroht. Wir brauchen keinen Gnaden-erlass. Wir brauchen die Freiheit«, fügte er hinzu.

vgl. Kompas, 7., 8.11.2001

MPR stimmt neuer Institution im Justizsektor zu

Die Mehrheit des Volksvertretungsrates sprach sich am 6.11. für die Gründung einer neuen Institution im indonesischen Justizwesen, dem Verfassungsgericht, aus. Unklar ist aber noch, welche Position das Verfassungsgericht in der staatlichen Ordnung einnehmen wird, in welchen Punkten sich die Institution von dem höchsten Gerichtshof abheben soll und über welche Entscheidungskompetenzen sie verfügen wird. Der PDI-Sprecher Harjono sagte, die Autorität des Verfassungsgerichts sei gemäß Paragraph 24A, Absatz zwei festgelegt. Dieser besage, das Verfassungsgericht sei autorisiert, Fälle in erster und letzter Instanz zu verhandeln, Gesetze zu testen, über die Auflösung politischer Parteien aufgrund einer legalen Forderung und über verschiedene Resultate bei einer Wahl zu entscheiden. »Das Verfassungsgericht klagt keine Menschen an, sondern es verhandelt über Produkte wie Gesetze und darunter liegende Rege-

lungen«, so Harjono. »Wenn eine regionale Regelung als nötig empfunden wird, muss das erst vom Verfassungsgericht überprüft werden«, fügte er hinzu. Yusuf Muhammad, Sprecher der Partei F-KB, meinte, er sei schon immer der Meinung gewesen, das Verfassungsgericht solle eine vom obersten Gerichtshof unabhängige Institution sein. »Man wird an das Verfassungsgericht auf funktionale Weise herangehen. Es ist nicht wichtig, ob es ein hohes Institut des Staates ist, so lange es im Einklang mit den Grundrechten steht«, so Yusuf. Andere Mitglieder der Versammlung sprachen sich dafür aus, dass die Institution dem Volksvertretungsrat (MPR) gegenüber verantwortlich sein solle, da seine Entscheidungen unmittelbar diejenigen des MPR betreffen. Über die genaue Festlegung der Funktion und Position des neuen Verfassungsgerichts wird weiterhin verhandelt.

vgl. Kompas, 7.11.2001

Umgang mit illegalem Holzschmuggel

Der Heerführer der indonesischen Streitkräfte *Tentara Nasional Indonesia* (TNI) General Endriartono Sutarto erklärte, der in Kalimantan stationierte Militärkommandeur Tanjungpura und der Kommandant Korem seien von nun an für das Problem des illegalen Holzhandels auf Kalimantan zuständig. »Ich habe ihnen eingeschärft, insbesondere auf die Kinder der Region zu achten, damit diese nicht in den illegalen Holzhandel verstrickt werden«, so Sutarto am 8.11.2001. Die beiden Männer sollten außerdem vor allem die Aktivitäten des Sicherheitsapparates in Bezug auf den Schmuggel von exotischen Hölzern koordinieren. Die Waldbestände in Kalimantan sind aufgrund des Überhandnehmens des Holzschmuggels und der extensiven Waldbrände der letzten Jahre stark zurückgegangen.

vgl. Kompas, 8.11.2001